

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Willy-Brandt-Platz 1 · Kaiserslautern

An
Oberbürgermeister
Herrn Weichel
– im Hause –

**Fraktion im Stadtrat
Kaiserslautern**

Rathaus Kaiserslautern
Zimmer 201

Willy-Brandt-Platz 1
67655 Kaiserslautern
Tel.: +49 (631) 68500
Tel.: +49 (631) 365-2403
ratsfraktion@gruene.de

Kaiserslautern, 04.11.2020

Betreff: Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kaiserslautern

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion DIE GRÜNEN bittet Sie um die Aufnahme des Antrags auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung.

Beschlussvorschlag:

1. Die Hauptsatzung der Stadt wird wie folgt geändert:

§3 (6) Die Mitglieder der Betroffenen-Beiräte erhalten ein Sitzungsgeld von 20,— Euro für jede ordentliche Sitzung, an der sie teilnehmen. Die Vorsitzenden der Beiräte erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung von 180,— Euro.

2. Die Verwaltung soll formale Schritte einleiten, um die formale Streichung der entsprechenden individuellen Regelungen in den Beiratssatzungen vorzubereiten.

Begründung:

Der Antrag des Inklusionsbeirates auf Einrichtung einer Aufwandsentschädigung für die:den Vorsitzende:n hat offenbart, dass erhebliche Unterschiede zwischen den Beiräten bei diesem Thema bestehen.

Während in der Satzung des Beirates für Migration und Integration bereits eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 180,— Euro für den:die Vorsitzende, sowie ein Sitzungsgeld für Mitglieder in Höhe von 15,50,— Euro festgelegt sind, ist sowohl in der Satzung des Jugendparlaments, als auch des Seniorenbeirates keine vergleichbare Regelung enthalten.



Die in der Hauptsatzung in §3 (6) verankerte Regelung, dass in den Beiratssatzungen individuell Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld geregelt werden sollen, führt zu einer Besserstellung einzelner Beiräte. Dies wird der Realität nicht gerecht: Beiräte repräsentieren gesellschaftliche Gruppen, treten für deren Interessen ein und sind für Betroffene Sprachrohr und Ansprechpersonen zugleich. Ebenso ist der Arbeitsaufwand dieser Gremien vergleichbar. Desweiteren ist die Anhebung des Sitzungsgeldes auf 20,— Euro identisch mit dem Sitzungsgeld für Bürgervertreter:innen in Ausschüssen.

Mithilfe einer einheitlichen Regelung und Festschreibung in der Hauptsatzung der Stadt Kaiserslautern sollen die Sätze nachhaltig harmonisiert und die Beiräte auf eine gleichwertige Stufe gebracht werden. Ebenfalls sollen Ehrenamtler:innen für Ihre wichtige und zeitintensive Arbeit zumindest ansatzweise gewürdigt werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Lea Siegfried
Fraktionsvorsitzende